

European Sustainability Reporting Standards – ESRS

Bei den ESRS handelt es sich um eine Reihe von EU-Vorgaben zur Einhaltung und Offenlegung entsprechend der Berichterstattung nach CSRD.

Die ESRS sollen die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen in der EU genauer, einheitlicher, konsistenter, vergleichbarer und standardisierter machen. Die ESRS berücksichtigen jedoch nicht nur die Informationsbedürfnisse des Kapitalmarkts, sondern richten sich an eine breite Gruppe von Stakeholdern. In der Ausarbeitung der ESRS wurden die GRI-Standards (Global Reporting Initiative) mitberücksichtigt.

Für Unternehmen, die in Zukunft unter die CSRD fallen und somit die ESRS anwenden müssen, stellen die GRI-Standards eine freiwillige Erweiterung dar. Die 2022 veröffentlichten Entwürfe beinhalten und ad-

ressieren Umwelt-, Sozial- und Governance-Themen (ESG). Diese insgesamt 12 Standards umfassen sowohl themenübergreifende („cross-cutting standards“) als auch themenspezifische Vorgaben („topical standards“). Darüber hinaus sieht die Standardarchitektur auch die Veröffentlichung von sektorspezifischen Standards („sector-specific standards“) und

Standards für KMU vor. Letztere sind aktuell noch nicht in der Veröffentlichung von 2022 enthalten und sollen bis Sommer 2024 fertiggestellt werden.

Die Gesamtstruktur der ESRS soll sicherstellen, dass Informationen zu Nachhaltigkeitsthemen in einer sorgfältig formulierten Art und Weise berichtet werden.

ÖKO-PLUS-Programm

Seit April 2022 unterstützt die WKOÖ KMU beim Erkennen von Potenzialen und Umsetzen von Maßnahmen mit dem Beratungsprogramm ÖKO-PLUS.

- 2-stufiges Beratungsprogramm
- bis zu 100 Prozent vom Beratungshonorar
- bis max. 2.250 Euro Förderung
- finanziert durch die WKOÖ
- online einreichen bis 28. 12. 2024
- Info: foerderungen.wkooe.at/oeko-plus



Berichtsbereiche

- Governance
- Strategie
- Auswirkungen, Risiken und Chancen-Management
- Leistungskennzahlen & Ziele

Themenbereiche

- Umwelt (E)
- Soziales (S)
- Governance (G)

Offenlegungsebenen

- Branchenübergreifend
- Branchenspezifisch
- Unternehmensspezifisch

Unterstützende Beratung bei der Steigerung der Nachhaltigkeit oder bei der Erstellung des Nachhaltigkeitsberichts gibt es über die ÖKO-PLUS-Förderung der Wirtschaftskammer OÖ (siehe Box).

Schwierige Lage

Gestiegene Zinsen, hohe Bau- und Energiekosten sowie die strenge Kreditvergaberichtlinie (KIM-VO) machen die Lage auf dem Wohnungsmarkt schwierig. Das bekam im Vorjahr auch Oberösterreich zu spüren.

Konkret manifestierte sich diese Gemengelage in der Wohnbaubilanz 2023, die Wohnbaulandesrat LH-Stv. Manfred Haimbuchner präsentierte. Demnach wurde im abgelaufenen Jahr in Oberösterreich der Bau von 3342 Wohneinheiten gefördert. Das waren knapp 500 weniger als 2022 mit 3828 Wohneinheiten und um über 1050 als 2019 (4398 Einheiten). In der Vorjahresstatistik

waren die geförderten Mietwohnungen mit 2311 Stück ein Ausreißer nach oben. Laut Haimbuchner lag diese positive Entwicklung am mit Bauträgern und Bauwirtschaft erarbeiteten oö. Plan für leistbaren Wohnraum im mehrgeschoßigen Wohnbau. Dieser Plan gilt auch 2024.

Kräftige Rückgänge mussten hingegen bei Eigentums-

wohnungen und Eigenheimen hingenommen werden. Gefördert wurden 216 Eigentumswohnungen und 759 Eigenheime. Gegenüber dem Jahr davor waren das massive Einbrüche von fast zwei Drittel respektive einem Drittel. Als Gründe für diese Negativentwicklung nannte Haimbuchner die KIM-Verordnung, aber auch die allgemein unsichere Wirtschaftslage. 2010 nahmen



Schwierige Eigenheimfinanzierung.

noch 3000 und 2012 rund 2500 Häuslbauer ein Wohnbaudarlehen vom Land in Anspruch. Das Wohnbaubudget betrug 2023 320,3 Mio. Euro (2022: 322,2 Mio.). Ausbezahlt wurden 158,5 Mio. Euro Förderungsdarlehen und 53,7 Mio. Wohnbeihilfen.